

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Bekenntnis zum Werkplatz Schweiz

Da die Gewerkschaften das Referendum ergriffen haben, wird das Schweizer Volk am 1. Dezember über die Revision des Arbeitsgesetzes abstimmen. Trotz heftiger Kritik der Gegner steht fest: Der Werk- und Arbeitsplatz Schweiz braucht dieses Gesetz mit Weitblick dringend.

Markus R. Seiler,
Pressechef FDP Schweiz



Die Wirtschaftsentwicklung der Schweiz ist in den letzten Jahren deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Arbeitsplätze gingen und gehen verloren, werden ins Ausland verlagert. Das revidierte Arbeitsgesetz leistet mit flexiblen Rahmenbedingungen einen Beitrag zur dringend nötigen Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Gleichbehandlung als Anliegen

Das geänderte Gesetz nimmt auch eine dringend notwendige Anpassung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen vor, indem es die Ungleichbehandlung von Mann und Frau betreffend Nachtarbeit in der Industrie aufhebt. In der Industrie tätige Frauen sollen künftig – wie ihre Kolleginnen im Dienstleistungsbereich dies bereits heute tun – auch nachts arbeiten dürfen.

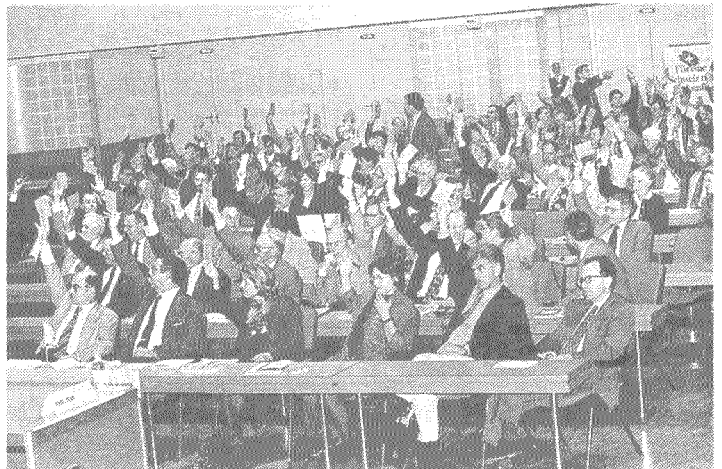
Streitpunkt Zeitzuschlag

Der ursprüngliche Entwurf des Bundesrates zur Teilrevision des Arbeitsgesetzes enthielt einen gesetzlichen Zeitzuschlag für regelmässige Nacht- und Sonntagsarbeit. Dieser Zeitzuschlag fand im Parlament keine Unterstützung – ein solcher bedeutet neue Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft. Zeitzuschläge, so die Mehrheit des Parlaments, sollen zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden. Einzig auf Grund dieser Änderung wurde daraufhin von linker Seite das Referendum ergriffen.

Die Neuerungen

Neben der Gleichstellung von Mann und Frau bringt das neue Arbeitsgesetz folgende Änderungen:

- Neuedefinition der Nachtarbeit: Als Nacht gilt die Zeit von 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr. Damit wird künftig ein Zweischichtbetrieb ohne umständliche Bewilligungsverfahren möglich sein.
- Ausbau des Gesundheitsschutzes: Der Sicherheits- und Gesundheitsschutz wurde gegenüber dem geltenden Gesetz massiv ausgebaut, ebenso die präventive medizinische Betreuung aller in der Nacht Arbeitenden.



Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Basel: Mit 161 zu 6 Stimmen ein klares Ja zum Arbeitsgesetz. (Photo ruti)

■ Ladenöffnungszeiten am sechs Sonntagen öffnen dürfen, Sonntag: Verkaufsgeschäfte sollen künftig an jährlich höchstens so fern die kantonale Gesetzgebung dies erlaubt. ■

Parolen FDP CH

An ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Basel hat die FDP Schweiz folgende Parolen für die Abstimmung vom 1. Dezember beschlossen:

Arbeitsgesetz

JA

Initiative
gegen die illegale
Einwanderung

NEIN

FDPO

Inhalt

- Die Glanzlichter der Bundespolitik: Bericht von der FDP-Sommer-Uni 96. Seite 5
- Die neue Fraktionspräsidentin Christine Beerli zeigt den Weg zu einer nachhaltig liberalen Politik auf. Ab Seite 6
- Weihnachten... kommt schneller, als man denkt! Deshalb: Ans Schenken denken – mit der FDP! Seite 10

SCHWEIZERISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
HALMWYLSTRASSE 15
3003 BERN

231

10563

Nachrichtenlose Vermögen: von verdrängter Vergangenheit eingeholt?

Hat die zivilisierte Welt aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges mit einem einzigen Staat noch eine Rechnung offen – mit der Schweiz? Der amerikanische Politiker D'Amato, Vorsitzender des Bankenausschusses im US-Senat, scheint das zu meinen.

Oscar Fritschi,
Nationalrat, Wetzikon ZH



Nicht nur Senator D'Amato möchte die Schweiz auf die Anklagebank zitieren. Ausländische Medien überbieten sich mit Stories, wohin in der Schweiz wohl Aussenminister Ribbentrop Gold und Reichsmarschall Göring Preziosen verfrachtet haben könnten und wie diese Werte zum Untertauchen gebracht worden seien. Inländische Zeitungen ziehen nach und zeichnen ein Bild, wonach in der Schweiz von 1939 bis 1945 zwielichtige Geschäftemacher, mit dem Segen offizieller Stellen, den Ton angegeben und unser Land tief in moralische Schuld verstrickt hätten.

Solchem Zeitrend mögen sich auch viele einheimische Politikerinnen und Politiker, vorwiegend linker und grüner Observanz, nicht verschliessen. Sie sehen uns von einer unbewältigten Vergangenheit eingeholt und halten dafür,

STANDPUNKT

Die FDP zeigt sich immer mehr befremdet, dass das Büro des US-Senators Alfonse D'Amato beinahe täglich mit «Enthüllungen» aufwartet, deren Neuigkeitsgrad stark angezweifelt werden muss. Vielmehr sind die von D'Amato bislang vorgelegten Dokumente bereits in der Vergangenheit veröffentlicht worden.

Empört ist die FDP Schweiz insbesondere darüber, mit welcher Dreistigkeit Senator D'Amato als Abgeordneter der

wir hätten Anlass, vor versammelter Weltöffentlichkeit Busse zu tun.

«Goldwäscherin» Nationalbank?

Nun wollen wir uns allerdings nicht unsererseits der Überzeichnung schuldig machen. Deshalb sei betont, dass wir die vom Nationalrat in der Herbstsession beschlossene historische und rechtliche Untersuchung ausdrücklich begrüssen, welche die Rolle des Schweizer Finanzplatzes vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ausleuchten soll.

Denn im Zentrum der neuen Enthüllungswelle aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges stehen im Prinzip zwei Vorwürfe. Der eine zielt dahin, in der Schweiz lagerten nach wie vor nachrichtenlose Vermögenswerte, vorwiegend von Opfern des Nazi-Regimes, ohne dass von den seinerzeitigen Empfängern Anstrengungen zur Rückgabe unternommen würden. Der andere hat die Nationalbank im Visier, die von Deutschland und Italien Gold übernahm, dessen Herkunft fragwürdig war.

US-amerikanischen Standesvertretung unserem Land ein Verhalten in der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg unterstellt, das aus objektiver Sicht jeder Grundlage entbehrt. Besonders stossend am Verhalten von D'Amato empfindet die FDP Schweiz sein offenbar nur ungenügend entwickeltes Rechtsempfinden gegenüber der staatlichen Souveränität der Schweiz.

Die FDP Schweiz ist an einer sofortigen und objektiven Aufklärung der Geschehnisse interessiert. Die Beschlüsse des Bun-

Sinnvoll ist eine solche Aufarbeitung indessen nur, wenn ihre Ergebnisse auch wirklich abgewartet werden.

Die Proportionen wahren

In der öffentlichen Diskussion steht naturgemäss das Thema des Raubgoldes im Zentrum, weil mit ihm die Frage eines politischen Fehlverhaltens der Nationalbank aufgeworfen wird.

Um die Raubgold-Debatte sachgerecht in einen Gesamtzusammenhang einordnen zu können, ist sie auf die Grundfrage zu reduzieren: Ging unser Land während des Zweiten Weltkrieges in seiner Kooperation mit den «Mächten des Bösen» weiter, als unbedingt nötig gewesen wäre, um vom Krieg verschont zu bleiben?

Es geht um ernsthafte Fragen, und je nach ihrer Beantwortung durch die angesprochene Expertengruppe werden Fehler, wird Schuld einzuräumen sein. Aber in den Proportionen gesehen: Würde ein solcher Befund genügen, um die Schweiz als letzte Insel darzustellen, welche aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges noch Sünden zu bekennen und tätige Reue zu leisten hat?

Ohne plumpe Vergleiche ziehen zu wollen: Hat der ums Überleben kämpfende Kleinstaat Schweiz dadurch, dass er wirtschaftlich – allenfalls – zuwenig

desrates und diejenigen des Schweizer Parlaments sind der notwendige richtige Schritt dazu. Es geht aber nicht an, dass ein einzelner Senator, dessen Wiederwahl in den US-Senat nicht unumstritten ist, sich auf Kosten der Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika zu profilieren versucht. Die FDP Schweiz wird diejenigen Angriffe auf unser Land wie den Banken- und Finanzplatz Schweiz, welche sich als unbegründet erweisen, nicht mehr weiter akzeptieren!

Zurückhaltung im Verkehr mit den Diktaturstaaten an den Tag legte, mehr Sünden auf sich geladen als unser nördliches und unser südliches Nachbarland, die das europäische Zentrum der Achsenmächte bildeten, als Österreich, in dem nach dem Anschluss während der ganzen Kriegszeit von einer Oppositionsbewegung nie etwas zu spüren war, oder als Frankreich, in dem das Vichy-Regime mit den Nazis kollaborierte?

Eine Krisenzeit wie den Zweiten Weltkrieg übersteht niemand mit moralisch blütenweisser Weste, und ein Kleinstaat am allerwenigsten.

Zeitumstände berücksichtigen!

Diese Bemerkung führt zu unserem letzten Stichwort: der Bedingtheit des historischen Urteils. Ein fundamentaler Lehrsatz der Geschichtsschreibung lautet, Urteile «ex eventu» – vom Ausgang der Geschichte her gesehen – seien zu vermeiden. Das bedeutet, dass jede Entscheidung der Behörden vor dem Hintergrund der damaligen Rahmenbedingungen beurteilt werden muss. Als Rahmenbedingungen aber haben zu gelten, dass die Achsenmächte unser Land mit eisernen Armen umklammerten und dass sie über das Potential verfügten, auf jede Zurückweisung oder Brüskierung mit militärischer Gewalt zu antworten.

Wer den damals Verantwortlichen zu weit gehende Konzessionsbereitschaft vorwirft, muss sich deshalb zumindest die Frage stellen, wie er heute urteilen würde, falls als Folge von moralisch einwandfreier Unnachgiebigkeit das Szenario «Hungersnot» oder gar «Einmarsch der Wehrmacht» Wirklichkeit geworden wäre. Aus der sicheren Warte von 50 Jahren Abstand zu urteilen trägt leicht den Keim zu pharisäerhafter Selbstgerechtigkeit in sich. ■

Yvonne Schumann Bischof will eine mutige FDP

Welches ist Ihr Lebensmotto?

In die Zukunft blicken, nicht in die Vergangenheit.

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Einerseits in die Forschung sowie Medizin und andererseits in die Gesellschaft allgemein: jeder Mensch soll eine faire Chance erhalten, sich aus eigener Initiative beruflich und/oder privat zu verwirklichen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Ein übermässiges Wachstum des Staates, das die Eigeninitiative lähmt oder gar verhindert. In der Schweiz sind wir diesbezüglich an einem Wendepunkt.

KURZBIOGRAPHIE

Zur Person: Yvonne Schumann Bischof, geboren 1968, von Winterthur und Wettwil a. A., verheiratet

Alter: 28 Jahre

Berufliche Situationen: Kfm. Lehre beim Erziehungsdepartement des Kt. St. Gallen, Leitung Sekretariat des Generalsekretärs des Baudepartementes des Kt. St. Gallen, Anwaltssekretärin in St. Gallen, Leitung Sekretariat eines Generaldirektors einer Schweizer Grossbank in Zürich

Politischer Werdegang: Vorstandsmitglied der FDP-Ortspartei sowie Initiatorin und Leitung der Gruppe junger Mitglieder in Abtwil-St. Josef, Vorstandsmitglied/Aktuarin der GEWOBA (Alterswohnbaugenossenschaft) am gleichen Ort.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Elektrizität ist die wichtigste, die Atombombe die entbehrlichste Erfindung der Menschheit.

Was sollte unbedingt noch erfunden werden?

Heilmittel für schwere Krankheiten.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die direkte Demokratie sowie die Sauberkeit und Ehrlichkeit der Bevölkerung, ebenso die Vielfalt unseres Landes mit seinen 4 Sprachregionen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die verbreitete Neigung des Schweizers, zu schnell Kompromisse einzugehen, statt klare und zukunftsweisende Lösungen zu suchen.

Wohin führt Europas Zukunft?

Durch vermehrte Zusammenarbeit der europäischen Länder wird Europa an Gewicht gewinnen; ich bin gleichzeitig überzeugt, dass die nationale und regionale Vielfalt in Europa bestehen bleibt.



«Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich.» Trifft diese Aussage zu?

Nein, so gesagt ist dies eine Beleidigung gegen die direkte Demokratie in unserem Land.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?

Momentan gäbe ich den Preis an Clinton, der sich sehr um den Weltfrieden bemüht.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Klare Ziele und Ehrlichkeit sowie eine verständliche, unkomplizierte Sprache.

Warum sind Sie bei der FDP?

In der FDP fühle ich mich wohl, sie ist meine Partei. Die Ausrichtung und die Ansichten der Partei entsprechen am besten meinen eigenen Vorstellungen.

Was ist die Stärke der FDP, wo sind die Schwächen?

STICHWORTE

Internet: Surf-Tour around the world

Sozialstaat: Balanceakt zwischen Finanzierbarkeit und sozialem Wohlstand

Neat: finanzielle Sorgen

Agrarpolitik: Wo ist das Konzept?

Verfassungsrevision: Chancen, Integration der Jungen

Preisüberwacher: überflüssig

«Arena»: Plattform für Streitähne und Streithühner

Stärke: Die FDP steht hinter dem Grundsatz, dass Verhandeln geben und nehmen heisst.

Schwäche: Die FDP hat nicht immer den Mut, eine profilierte bürgerliche Politik zu vertreten.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als ihre persönliche Stärke?

Stärken: Eigeninitiative, Verlässlichkeit, Pünktlichkeit.

Schwäche: Ungeduld.

Welchen Film haben Sie kürzlich angeschaut?

Den Schweizerfilm «Katzenliebe» von Markus Imboden.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Rolf Knie, der nach seiner erfolgreichen Zirkustätigkeit jetzt malt. Unter den Politikern Bundesrat Villiger, der auch bürgernah politisiert.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Für alle Kinder dieser Welt eine lebenswerte Zukunft sichern, ohne Not und Elend.

Welchen Wunsch möchten Sie sich noch erfüllen?

Mir eine wunderschöne Schweizeruhr, am liebsten eine Blancpain, kaufen. ■

«Personal 2000 und Lebensarbeitszeit»

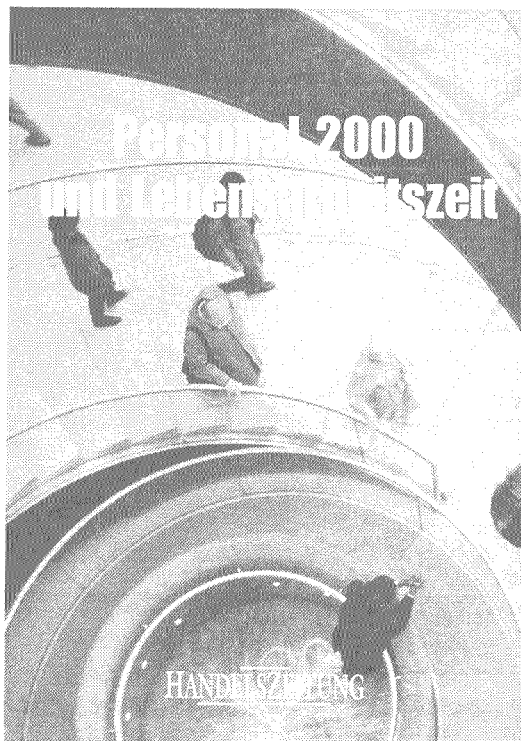
«Der stärkste Erfolgsfaktor im Unternehmen ist der Mensch; der häufigste Misserfolgsmoment im Unternehmen ist der Mensch.» Diese Tatsache ist allen, die mit Führung zu tun haben, bekannt. Kein Wunder, dass in Zeiten, in denen die Rahmenbedingungen schwieriger, der Wettbewerb härter geworden ist, das Bewusstsein um die Wichtigkeit eines optimalen Personalmanagements eine eigentliche Renaissance erlebt.

Gleichzeitig ist Erwerbsarbeit knapper geworden. Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass Wachstum allein noch keine Arbeitsplätze garantiert. Es braucht zusätzliche Anstrengungen, wenn wieder mehr Menschen in die Erwerbsarbeit einbezogen werden sollen.

Die vorliegende Publikation wurde mit dem Ziel gestaltet, in

beiden Bereichen neue Wege aufzuzeigen. Man findet darin zahlreiche Modelle, die bereits erfolgreich in die Praxis umgesetzt wurden.

Die Broschüre im A4-Format umfasst 62 Seiten und kostet Fr. 44.– (inkl. 2% MWSt) zuzüglich Versandkosten. Mengenrabatt auf Anfrage. Bestellungen an: Handelszeitung «Personal 2000», Postfach, 8027 Zürich, oder per Fax (01) 288 35 65.



Im Würgegriff der Regulierer

Die Klein- und Mittelbetriebe (KMU) sind in der Schweiz wieder stärker ins Rampenlicht des öffentlichen und des wirtschaftspolitischen Interesses gerückt, und dies völlig zu Recht: Spielen sie doch im wirtschaftspolitischen Gefüge des Landes in verschiedener Hinsicht eine absolut dominante Rolle, nicht zuletzt als Arbeitgeber und als Institutionen, die in dynamischer und kreativer Weise den weltweit wirksamen Strukturwandel zu bewältigen haben.

Die Rahmenbedingungen, die auf die Entscheidungsmöglichkeiten der KMU zielen und diese streckenweise in höchst fragwürdiger Weise einengen, sind jedoch alles andere als zeitgemäss, weil sie wachstumshemmende soziale Kosten verursachen, ein wettbewerbsgerechtes Verhalten beeinträchtigen, Neugründungen von Unternehmen hemmen, die Sicherung von bestehenden sowie die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen erschweren und damit den Prozess der Anpassung an den weltwirtschaftlichen Wandel, der auch die KMU vor mannigfache Herausforderungen stellt, negativ beeinflussen.

Diese weitgefächerte Thematik wird in der Neuerscheinung «Wirtschaft und Recht im Würgegriff der Regulierer» aufgenommen und nach verschiedenen Fragestellungen ausgeleuchtet.

Prof. Dr. iur. Dr. phil. Hans Giger (Hrsg.): «Wirtschaft und Recht im Würgegriff der Regulierer». Normenflut als Resultat einer verfehlten Gesetzgebungspolitik. Auswirkungen auf Klein- und Mittelbetriebe. Verlag Orell Füssli, Zürich 1996, 160 Seiten. Fr. 49.–. ISBN 3 280 02350 5.

Rebirth of Democracy

Twelve constitutions of eastern and central Europe (2nd edition)

The second edition of this reference book prepared by the International Institute for Democracy, groups together the constitutions of twelve central and eastern European states which have recently acceded to the Council of Europe as full members or granted special guests status. These states now all subscribe to the principles of democratic pluralism, as demonstrated by recent holding of free elections, the granting of legal status to the opposition, the adoption of measures to safeguard human rights and the separation of the powers of the executive, legislature and judiciary. There-

fore, these constitutions mark a decisive step in the democratisation of the European continent.

This new edition includes recent amendments to the constitutions, clearly marked so as to provide a comparison with the original text. Also included are chronologies describing the recent history of each of these countries which has led to the forming of these constitutions.

(Available in English only)

Presentation: 16 x 24cm Format, 620 pages, ISBN 92-871-3094-9. Price: 150 FF (or 30 US\$) + 15 FF (or 5 US \$) for post and packing charges. Available at the Council of Europe Press – Sales Unit, 67075 Strasbourg Cedex, France.

DPS FDP

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
www: <http://www.fdp.ch>

DPS FDP

FDP

Die Glanzlichter der Bundespolitik

Bereits zum dritten Mal fand diesen Sommer in Neuenburg die Sommeruniversität der FDP Schweiz statt. Sie entstammt einem Wunsch der Jungfreisinnigen Schweiz, ihre Mitglieder auf nationaler Ebene ausbilden zu können. Für die Teilnehmer steht dabei der direkte Kontakt mit National- und Ständeräten im Vordergrund, der für eine zusätzliche Motivation politisch interessierter junger Leute sorgt.

Thomas Magnusson, Jungfreisinnige Winterthur

Das einwöchige Seminar versucht, einen Überblick über die nationalen Probleme zu geben und in der Diskussion die aktuellen Anliegen zu vermitteln. Organisiert wird diese Veranstaltung, die für alle Jugendlichen von 18 bis 28 offen ist, vom Ausschuss für Jugendpolitik der FDP Schweiz.

Heisses Thema Sozialpolitik

Ob sich wohl eine Mehrheit finden wird für den Vorschlag von Nationalrat Peter Tschopp, die notwendige Mutterschaftsversicherung über eine Kompensation der Altersversicherung zu finanzieren? Der Verfassungsauftrag zur Einführung einer Mutterschaftsversicherung wurde ja auch mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes nicht erfüllt. Nationalrat Tschopp warnte eindringlich davor, sich in der Diskussion von der heutigen (finanziellen) Situation vereinnahmen zu lassen und die zukünftigen Probleme der Altersvorsorge und vor allem der 2. Säule ausser acht zu lassen.

Techno oder Politik – wer gewinnt?

Mit Nationalrat Pascal Couchepin ging es dann um die Zu-



Alle Teilnehmer der FDP-Sommeruniversität 96 mit Parteipräsident Franz Steinegger (4. v. r.), Nationalrat Claude Frey, NE (3. v. r.), und Mitorganisator Blaise Roulet (1. v. r.).

kunft unserer direkten Demokratie und die Frage, was die Politik aus der Begeisterung für die Street Parade lernen könne. Ob Cyberspace und Technobeat in zehn Jahren immer noch zum Selbstverständnis vieler junger Schweizer zählen wird und ob sie sich weiter vom «Drecks-geschäft» Politik abwenden, hängt davon ab, ob Politiker aller Couleurs sich nicht nur selbst inszenieren und ihre Interessen vertreten.

Nationalrätin Christine Beerli hielt die Totalrevision der Bundesverfassung für eine Chance, einen Schritt ins nächste Jahrtausend zu machen. Freiheit und Selbstverwirklichung dürften keine Bringschuld des Staates werden. Wir alle müssten uns selber aufmachen und unseren Anteil abholen.

Leistung vor Umverteilung

In den fünf Minuten, die das Lesen meines Artikels in Anspruch nimmt, hat die Schweiz rund 30 000 Franken an Schuldzinsen bezahlt. Gegen unser strukturelles Defizit konnte auch Nationalrätin Käthi Bangerter keine neuen Rezepte propagieren. Dass wir das Ausgabenwachstum stoppen müssen, dass vor einer Umverteilung eine Leistung zu erfolgen hat, sollten mittlerweile Allgemeinplätze sein in der politischen Diskussion. Wir sind damit an einem Wendepunkt. Wir müssen

uns Visionen gestalten, Visionen einer Schweiz, in der wir gerne leben wollen.

Kreativität, Ehrlichkeit, Offenheit

Dass Kreativität und Innovation zu den zentralen Werten der Schweiz gehören, rief uns Nationalrat François Loeb in Erinnerung. Er hat mich tief beeindruckt, und mit der Bekanntgabe seiner Telefonnummer werden er und seine kreativen und unkonventionellen Lösungsvorschläge im Adressverzeichnis aller Teilnehmer bleiben.

Offen und ehrlich brachte uns Nationalrat Oscar Fritschi nicht nur die Sicherheitspolitik mit ihren Schlagstöcken und Armeeschaffungsinitiativen, sondern auch seine Rolle in der Bundesratswahl vom letzten November näher. Nationalrat und Parteipräsident Franz Steinegger legte die

Haltung der FDP in der Europa- und Aussenpolitik dar. Dass für einen Urner die gegenwärtige Diskussion über die Neat zu den zentralen aussenpolitischen Themen gehört, wen wundert's? Bei der über-

aus gemütlichen und stilvollen Kreuzfahrt auf dem Neuenburgersee mit der lokalen FDP-Prominenz und lukullischen Genüssen teilte uns Ständerat Thierry Béguin nicht nur in seiner Grussadresse, sondern auch beim gemütlichen Apéro-Geplauder mit, worauf es heute ankommt: «Il faut se méfier des regards unilatéraux.» Bleiben wir also offen und sprechen wir dem Salatbuffet ebenso zu wie dem Fondue chinoise...

FDP-Sommeruniversität – eine Chance!

Sind die Romands angesichts einer einzigen Teilnehmerin aus der deutschen Schweiz mit ihrer beinahe ausgeglichenen Geschlechter-Bilanz doch offener und progressiver als die Ostschweizer? Die 27 Teilnehmer stammen immerhin aus zwölf verschiedenen Kantonen der Schweiz und bringen die unterschiedlichsten Berufsbilder mit, so dass sich interessante Bekanntschaften ergeben. Wenn ich an das Programm zurückdenke, frage ich mich, wie wir überhaupt dazu kamen, uns kennenzulernen. Interviewtraining für Radio und Fernsehen und Informationen über den Umgang mit Zeitungen und dem Internet standen zusätzlich zu den Sachthemen auch noch an. Trotzdem freue ich mich schon jetzt auf die FDP-Sommeruniversität 97 vom 18. bis zum 22. August 1997. ■



Medientraining eins zu eins mit Bruno Hofer, ehemaligem Radiojournalist und heutigem persönlichem Mitarbeiter von Bundesrat Villiger.

Ziel: eine nachhaltig liberale Politik

Christine Beerli*



Entspricht es den Tatsachen und ist es vernünftig, die Begriffe liberal, fortschrittlich der Wirtschafts- und Finanzkompetenz als Gegensatz entgegenzuhalten? Ich bin überzeugt, dass nein! Wer heute wirtschaftet, ohne bereit zu sein, getroffene Entscheide immer wieder zu überdenken und sich zeitverzugslos auf neue Gegebenheiten einzustellen, ist hoffnungslos verloren. Wer wirtschaftlich erfolgreich sein will, ist zu Fortschritt und Liberalismus verdammt, und wer liberal und fortschrittlich denkt, weiss, dass nur eine starke und konkurrenzfähige Wirtschaft unseren Wohlstand erhalten kann.

Alle meine Bestrebungen sind in der Tat darauf ausgerichtet, eine nachhaltig liberale Politik zu betreiben. Nachhaltigkeit und Liberalismus bedingen sich gegenseitig!

* Ständerin, Fraktionspräsidentin der FDP-Fraktion der Bundesversammlung.

Einzigartiger Liberalismus

Der Liberalismus stellt die Freiheit des einzelnen Menschen und seine einzigartige und unverwechselbare Persönlichkeit in den Mittelpunkt. Er strebt von daher kommend das Wohl der Gemeinschaft an. Freiheit und Selbstverantwortung sowie Ver-

Wer wirtschaftlich erfolgreich sein will, ist zu Fortschritt und Liberalismus verdammt, und wer liberal und fortschrittlich denkt, weiss, dass nur eine starke und konkurrenzfähige Wirtschaft unseren Wohlstand erhalten kann.

antwortung für die Mit- und Nachwelt sind zudem untrennbar gekoppelt. Der liberale Mensch weiss, dass niemand im Besitze der absoluten Wahrheit ist und gesellschaftliche Verhältnisse daher nie zementiert werden dürfen. Es muss jeder Generation möglich sein, alles, was je gedacht wurde, neu zu überdenken und die ihr zusagende Lebensform zu definieren.

Gemäss dem Brundtland-Bericht verhalten wir uns dann nachhaltig, wenn wir unsere Bedürfnisse heute befriedigen, ohne die Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen zu gefährden.

Die Übereinstimmung der Definitionen ist offenkundig – nicht die Grünen haben die Nachhaltigkeit entdeckt, Liberalismus ist schon seiner Definition gemäss nachhaltig!

Wie wirkt sich diese Tatsache auf einzelne Politikbereiche aus?

■ Staatspolitik: Es erscheint mir ausgesprochen wichtig, dass wir Schweizerinnen und Schweizer über alle Sprachgrenzen hinaus das Gespräch miteinander pflegen und uns klar darüber werden, welche Zukunft wir unter Einsatz welcher Mittel zusammen anstreben. Dabei müssen auch grundsätzliche Themen angegangen werden, und wir dürfen uns nicht damit begnügen, uns über die Heraufsetzung der Bussen im Strassenverkehr zu ereifern.

■ Wirtschaftspolitik: Einzig eine starke und konkurrenzfähige Wirtschaft kann Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und Wohlstand

schaffen. Staatliche Impulsprogramme sind wirkungslos, ja gar kontraproduktiv. Wir haben ein Umfeld zu schaffen, das den Verbleib und die Neuansiedlung von Firmen in der Schweiz begünstigt. Dazu benötigen wir die Revision des Unternehmenssteuerrechtes, die Öffnung gegenüber der Welt und Europa sowie, als kleinen Stein im ganzen Mosaik, eine vernünftige und sozialverträgliche Flexibilisierung der Arbeit, wie sie das am 1. Dezember zur Abstimmung gelangende Arbeitsgesetz vorsieht.

■ Finanzpolitik: Es ist ein Gebot der Nachhaltigkeit und damit ein zutiefst liberales Postulat, nicht auf Kosten noch nicht geborener Generationen zu leben. Nur wenn es uns gelingt, die Bundesfinanzen ins Gleichgewicht zu bringen, werden wir das Vertrauen der Bevölkerung und der Wirtschaft wieder gewinnen und so die Basis für einen gesunden Wirtschaftsaufschwung schaffen. Wer behauptet, man müsse sich zurzeit sogenannten «antizyklisch» verhalten und noch mehr Schulden machen, um aus der konjunkturellen Talsohle herauszukommen, übersieht, wie stark Schulden unsere Freiheit einschränken und unsere zukünftigen Entscheide binden.

■ Sozialpolitik: Eine Gesellschaft ohne Solidarität ist ebenso wenig annehmbar wie eine Gesellschaft ohne Selbstverantwortung. Unsere heutigen sozialen Errungenschaften bilden daher einen der tragenden Pfeiler unseres Staates. Wer Ja sagt zur sozialen Sicherheit, muss auch Ja sagen zur langfristigen Finanzierbarkeit, denn nichts ist unsozialer als versprochene Leistungen, die nicht dauerhaft erbracht und finanziert werden können. Bis zum Vorliegen des vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Berichtes über die Leistungsseite der Sozialversicherung dürfen daher keine präjudizierenden Ausgabeentscheide mehr getroffen werden. Sowohl die Mutterschaftsversicherung als auch die Revision der Erwerbsersatzordnung

KURZBIOGRAPHIE

Name: Beerli-Kopp

Vorname: Christine

Geburtsdatum: 26. März 1953

Wohnort: Biel

Verheiratet: mit Rudolf Beerli, Dr. med.

Beruf: Lic. iur., Fürsprecherin; selbständige Praxis in Biel

Politik: bis 1983 (Wegzug) Stadträtin in Biel, ab 1986 Mitglied des Grossen Rates, Vizepräsidentin der Verfassungskommission, Präsidentin der freisinnigen Grossratsfraktion, seit Herbst 1991 Ständerätin, seit Januar 1995 Präsidentin der Fraktionsgruppe der freisinnigen Ständeräte und Vizepräsidentin der Gesamtfraktion, seit November 1996 Präsidentin der freisinnigen Fraktion im Bundesparlament

Nebenberufliche Tätigkeiten: Präsidentin Pro Juventute Schweiz, Vorstandsmitglied und Präsidentin der Delegiertenversammlung des Seeländischen Krankenhauses in Biel Mett, Präsidentin der Pflegekinderaktion Bern, Präsidentin der Aesch-



bacher-Stiftung und des Vereins Grossfamilie Griessenberg, Präsidentin der Eidg. Alkoholkommission, Verwaltungsrat Rentenanstalt.



Das neugewählte Führungstrio der FDP-Fraktion der Bundesversammlung (v. l.): Nationalrat Gerold Bührer, Vizepräsident; Ständerätin Christine Beerli, Präsidentin; Nationalrat Adriano Cavadini, Vizepräsident. (Photo ruti)

sind zurückzustellen. Der Haushalt der IV ist so rasch als möglich unter Zuhilfenahme eines Teiles der Reserven der EO zu sanieren.

■ **Umweltpolitik:** Die Wissenschaft zeigt uns klar auf, dass unser heutiges Konsumverhalten, unser Ressourcenverbrauch jeglicher Nachhaltigkeit spottet. Wir sind nur sehr ungern bereit, die Forschungsergebnisse der Fachleute zur Kenntnis zu nehmen. Viele Menschen stürzen sich in ihrer Bedrücktheit in einen Konsumrausch und leben nach dem

Wer Ja sagt zur sozialen Sicherheit, muss auch Ja sagen zur langfristigen Finanzierbarkeit, denn nichts ist unsozialer als versprochene Leistungen, die nicht dauerhaft erbracht und finanziert werden können.

Motto: «Après moi le déluge, wenn schon so katastrophale Entwicklungen auf uns zukommen, so will ich mein Leben wenigstens noch genießen!» Andere wenden sich von Forschung, Entwicklung und Wissenschaft vollständig ab und suchen ihr Glück in Sekten, rückwärtsgerichteten Heilslehren oder Esoterik.

Beide Vorgehensweisen scheinen mir wenig dazu beizutragen, auch noch späteren Generationen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen. Ich bin vielmehr überzeugt davon, dass wir die Lösung der dringendsten Probleme gemeinsam mit der

Wissenschaft angehen müssen. Die Wissenschaft hat die langfristigen Perspektiven aufzuzeigen, aber gleichzeitig auch Modelle des kurz- und mittelfristigen Handelns anzubieten. An uns allen ist es dann, diese Modelle im gesellschaftlichen Leben umzusetzen und danach zu handeln. Mich hat in diesem Zusammenhang ein Satz aus dem neuen Leitbild der ETH Zürich stark beeindruckt: «Mit Blick auf die Erhaltung des Zukunftspotentiales des Ökosystems Erde für kommende Generationen ist die ETH Zürich bestrebt, ihr Wissen und Können einzusetzen, im Bewusstsein, dass auch nötiger Verzicht ein schöpferischer Akt sein kann.» Ein bemerkenswerter Satz für eine technische Hochschule von Weltrang!

■ **Bildungspolitik:** Intelligenz, Neugierde, Kreativität und Wissen sind die Ressourcen, auf denen der Wohlstand von morgen aufbaut. Wir müssen der Bildung im Grundschulbereich, der Berufsbildung, aber auch der Förderung der Begabten grösste Bedeutung zumessen. Der Forschungsplatz Schweiz ist Voraussetzung für den Werkplatz Schweiz. Dabei ist nicht einzig die zweckgerichtete, sondern vor allem auch die Grundlagenforschung zu fördern. Ein Forschungsverbot, wie es in der «Gen-Verbotsinitiative» gefordert wird, hätte in jeder Beziehung verheerende Auswirkungen.

Die Beispiele aus den kurz gestreiften Politikbereichen haben

es klar aufgezeigt: Eine nachhaltige liberale Politik tut not – oder mit den Worten von Bundesrat Villiger anlässlich der Delegiertenversammlung vom 19. Oktober 1996 in Basel ausgedrückt:

«Ich selber bin überzeugt, dass in Zukunft nur jener Staat eine Chance hat, der auch auf die Selbstverant-

wortung seiner Bürger setzt, der den Menschen und der Wirtschaft den nötigen Entfaltungsspielraum belässt und der seinen Bediensteten genügend Anreize zu haushalterischem und effizientem Staatshandeln gibt. Mit andern Worten: ein liberaler Staat.» ■

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht infolge Berufung des jetzigen Stelleninhabers in die Dienste des Eidgenössischen Finanzdepartementes eine/einen

PRESSECHEFIN/ PRESSECHEF

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich vollamtlich mit allen Aspekten der modernen Parteikommunikation.

Ihre Tätigkeit umfasst dabei u. a. das Führen der Presse- und Informationsstelle im Generalsekretariat, die Pflege der Kontakte zu Medien und Medienschaffenden, die wöchentliche Herausgabe des Pressedienstes «Freie Schweizer Presseinformation», die Redaktion der Parteizeitung «Der Freisinn», das Verfassen von Artikeln, Communiqués, Kommentaren, die Organisation von Pressekonferenzen, die Betreuung von Abstimmungskomitees und deren Pressestellen, die Verantwortung für die Medienpolitik sowie das Begleiten der Meinungs- und Trendforschung.

Sie verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine gleichwertige Ausbildung, sprechen auch französisch und kennen die eidgenössische Politik nicht nur von der Theorie her.

Wenn Sie bereit sind, sich für eine faszinierende und herausfordernde Tätigkeit auch entsprechend einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Christian Kauter, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an (031) 311 34 38. Für Auskünfte steht Ihnen Herr Dr. Markus Seiler, Pressechef, gerne zur Verfügung, (031) 311 34 38.



Unternehmenssteuern: Für Reformen ohne Fussangeln

Analysiert man den Wirtschaftsverlauf der Schweiz der vergangenen Jahre, muss man konstatieren, dass zahlreiche, bislang vorwiegend in unserem Land tätige Unternehmen ihre Aktivitäten zunehmend ins Ausland verlagerten. Dafür sind sicher nicht allein fiskalische Gründe massgebend. Aber man darf nicht übersehen, dass Länder wie Holland, Luxemburg oder Belgien aktiv bestrebt sind, Unternehmen anzuziehen, und dafür gezielt auch steuerliche Erleichterungen einsetzen.

Ständerätin
Vreni Spoerry, Horgen



Vor allem das Schwinden der Schweizerischen Standortattraktivität für Holdinggesellschaften lässt sich nicht bestreiten. Die EU-Richtlinie des Rates vom 23. Juli 1990 über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten hat Steuerhindernisse für Gewinnausschüttungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften im EU-Raum beseitigt. Des Weiteren werden Kapitalgewinne auf Beteiligungen im Körperschaftssteuerrecht verschiedener Staaten nicht als Gewinne besteuert.

Standortnachteile ausmerzen

Will die Schweiz Arbeitsplätze und Steuersubstrat behalten, ist sie gezwungen, die durch Änderungen im Steuerrecht anderer Länder entstandenen Standortnachteile auszumerken. Dies ist ein wichtiges Ziel einer solchen Revision. Das zweite Anliegen der Steuerreform besteht in Verbesserungen für die sogenannten KMU's, die nicht in der Form einer Personenunternehmung geführt werden.

Die FDP erachtet eine Reform der Unternehmensbesteuerung für den Standort Schweiz als sehr wichtig. Dabei sind wir uns bewusst, dass die vom Bundesrat präsentierten Vorschläge im Um-

feld der aktuellen prekären Lage der Bundesfinanzen zu beurteilen sind. Wir müssen deshalb akzeptieren, dass eine tiefgreifende Reform, welche mit markanten Steuererleichterungen für Unternehmen verbunden wäre, momentan politisch nicht realisierbar ist. Auf Grund dieses Sachzwangs verzichten wir auf gewisse Forderungen, die grundsätzlich

Die EU-Richtlinie des Rates vom 23. Juli 1990 über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten hat Steuerhindernisse für Gewinnausschüttungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften im EU-Raum beseitigt.

wünschbar wären, wie z.B. der vollständige Verzicht auf die Emissionsabgabe.

Um so mehr liegt uns aber daran, dass die verbleibenden Reformen so ausgestaltet werden, dass ihre Wirkung tatsächlich zum Tragen kommt. Wir kritisieren deshalb am vorliegenden Projekt des Bundesrates, dass einige der vorgeschlagenen Reformschritte mit Fussangeln versehen sind, welche die Wirkung der geplanten Massnahmen schmälern.

Die FDP unterbreitet einige Änderungs- und Verbesserungsvorschläge, welche die Reformschritte wirkungsvoller machen, ohne die Einnahmen massgeblich zu verkleinern. Im Gegenteil, sie sollen dazu beitragen, Steuersubstrat zu erhalten.

Konsequente Beseitigung von Steuernachteilen

Die Neukonzeption der Steuerermässigung für die Erträge und Gewinne aus massgebenden Beteiligungen wird von der FDP begrüsst. Wir haben aber Mühe mit dem Vorschlag, wonach die Steu-

Wir müssen deshalb akzeptieren, dass eine tiefgreifende Reform, welche mit markanten Steuererleichterungen für Unternehmen verbunden wäre, momentan politisch nicht realisierbar ist.

erfreiheit des Kapitalgewinnes erst nach 5 Jahren gewährt werden soll. Die minimale Besitzdauer für die Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen beträgt in der Regel lediglich zwei Jahre.

Zudem soll auch in Zukunft der Beteiligungsabzug nicht nur bei einer prozentualen Beteiligung von 20 Prozent, sondern auch bei einer Beteiligung in einem absoluten Frankenbetrag gewährt werden. Schliesslich verlangen wir, dass dem Steuerpflichtigen der Nachweis offenstehen muss, dass seine effektiven Verwaltungskosten weniger als 5 Prozent betragen.

Auch beim vorgeschlagenen Steueraufschub bei grenzüberschreitenden Beteiligungsstrukturierungen erachten wir die vorgesehene fünfjährige Wartezeit als zu lang. Zudem ist schwer verständlich, warum die Rückübertragung auf die schweizerische Muttergesellschaft als Realisierungstatbestand gelten soll. Bei der Verlustverrechnung im Konzern ist die verlangte Voraussetzung einer hundertprozentigen Beherrschung zu weitgehend. Kohärent ist, dass sich das Kriterium der Beherrschung an den neuen Rechnungslegungsvorschriften im revidierten OR (Art. 663 e) orientiert.

Der unterbreiteten Neuregelung der Steuerfolgen beim Erwerb der eigenen Aktien ist zwar eine gewisse Einfachheit in der Anwendung zuzugestehen. Die Tatsache aber, dass nach einer vierjährigen Besitzdauer Steuerfolgen eintreten, wird legitimen Bedürfnissen der Wirtschaft nicht gerecht. Wir beantragen daher, dass die nach Ablauf der Vierjahresfrist angenommene Teilliquidation vom Steuerpflichtigen beim Vorliegen wichtiger Gründe widerlegt werden kann.

Die beanstandeten Detailregelungen trüben die Freude an den vom Bundesrat vorgeschlagenen Schritten, die grundsätzlich in die richtige Richtung weisen. Die notwendige Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Schweiz wird schwerlich erreicht, wenn bei jeder positiven Massnahme gleich wieder administrative Fussangeln eingebaut werden.

In diesem Zusammenhang fordern wir auch eine Neufassung des Art. 28 Abs. 3 des Steuerharmonisierungsgesetzes (StHG). Verwaltungsgesellschaften oder gemischte Gesellschaften mit einem privilegierten Steuerstatus spielen in verschiedenen Kantonen eine nicht unbedeutende Rolle. Solche Gesellschaften werden für verschiedenartige, vor allem auslandbezogene Geschäfts-

Die beanstandeten Detailregelungen trüben die Freude an den vom Bundesrat vorgeschlagenen Schritten, die grundsätzlich in die richtige Richtung weisen.

tätigkeiten wie Fakturierung, Handel, Finanzierungen, Patentverwertungen eingesetzt. Sie schaffen anspruchsvolle Arbeitsplätze mit entsprechender Wertschöpfung und befruchten auch andere Zweige, vor allem des Dienstleistungssektors.

Nach dem strikten Wortlaut des geltenden Art. 28 Abs. 3 StHG,

an den die kantonalen Steuergesetze bis spätestens 2001 anzupassen sind, ist für Verwaltungsgesellschaften jede Geschäftstätigkeit in der Schweiz ausgeschlossen. Diese Fassung erweist sich als zu eng. Es besteht die Gefahr, dass mit einem generellen Verbot jeder schweizerischen Geschäftstätigkeit solche Unternehmungen ins Ausland verdrängt werden. Wir postulieren deshalb, dass diesen Gesellschaften in der Schweiz weiterhin eine wenigstens untergeordnete Geschäftstätigkeit zugestanden wird. In diesem Sinne sollte Art. 28 Abs. 3 StHG

die Einführung des proportionalen Gewinnsteuersatzes verlangt hat. Trotzdem: dieser hat ohne Zweifel seine Vorteile. Soll er aber als ein in sich kohärentes System dem geltenden renditeabhängigen Dreistufentarif im Verbund mit einer Kapitalsteuer gegenübergestellt werden, so ist die weitere Erhebung einer Kapitalsteuer nicht systemkonform,

wird. Sonst bewirkt seine Einführung nicht nur eine (diskutierbare) Mehrbelastung der kapitalintensiven grossen Unternehmen, sondern wird auch zum Bumerang für die KMU's. Heute unterliegen Unternehmen mit einer Rendite von 6 bis 7 Prozent beim Bund einer Steuerbelastung von knapp 5 Prozent. Der vorgeschlagene Proportionalsteuersatz von 8,9 Prozent wird also bei zahlreichen Unternehmen zu einer deutlichen Mehrbelastung führen.

Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen bald erlauben, das im internationalen Vergleich ungünstige Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern durch einen echten Abbau bei den direkten Steuern zu korrigieren.

im internationalen Vergleich ungünstige Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern durch einen echten Abbau bei den direkten Steuern zu korrigieren. In der Zwischenzeit unterstützt die FDP die Bemühungen des Bundesrates, die gravie-

Unternehmenssteuerreform in Zeiten leerer Kassen

Am 1. Juli hat der Bundesrat verschiedene Vorschläge für eine Reform der Unternehmensbesteuerung in die Vernehmlassung gegeben. Mit dem Ziel, den Wirtschaftlichen sowie kleinen und mittleren Unternehmen Steuererleichterungen zu erhalten, die nach Variante 90 und 210 Millionen Franken zu erwarten.



Bundesrat Kaspar Villiger

Der Bundesrat hat am 1. Juli für eine Reform der Unternehmensbesteuerung in die Vernehmlassung gegeben. Mit dem Ziel, den Wirtschaftlichen sowie kleinen und mittleren Unternehmen Steuererleichterungen zu erhalten, die nach Variante 90 und 210 Millionen Franken zu erwarten.

Notwendiges und Wünschenswertes trennen

In der Tat gibt es einige Bereiche, in welchen Handlungsbedarf dringender besteht. Aber es gibt auch Bereiche, wo die Notwendigkeit der Reform überwiegt.

Man kann nicht verlangen, dass die Unternehmen...

Man kann nicht verlangen, dass die Unternehmen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Die proportionale Gewinnbesteuerung

Die Proportionalsteuer bringt den kleinen und mittleren Unternehmen... Die Proportionalsteuer ist ein wichtiger Bestandteil der Reform.

Die letzten Jahre brachten Verbesserungen

Die letzten Jahre brachten Verbesserungen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Die Holdingbesteuerung

Die Holdingbesteuerung... Die Holdingbesteuerung ist ein wichtiger Bestandteil der Reform.

Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen...

Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Man kann nicht verlangen, dass die Unternehmen...

Man kann nicht verlangen, dass die Unternehmen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Die Holdingbesteuerung

Die Holdingbesteuerung... Die Holdingbesteuerung ist ein wichtiger Bestandteil der Reform.

Schweiz: noch immer günstiger Steuerstandort. Die Schweiz ist ein attraktives Ziel für Unternehmen, die in der Schweiz investieren wollen.

Die Holdingbesteuerung... Die Holdingbesteuerung ist ein wichtiger Bestandteil der Reform.

Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Man kann nicht verlangen, dass die Unternehmen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Die Holdingbesteuerung... Die Holdingbesteuerung ist ein wichtiger Bestandteil der Reform.

Man kann nicht verlangen, dass die Unternehmen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Schweiz: noch immer günstiger Steuerstandort. Die Schweiz ist ein attraktives Ziel für Unternehmen, die in der Schweiz investieren wollen.

Die Holdingbesteuerung... Die Holdingbesteuerung ist ein wichtiger Bestandteil der Reform.

Man kann nicht verlangen, dass die Unternehmen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen... Die Unternehmen sind in einer schwierigen Situation.

zusammen mit den ohnehin geplanten Änderungen des StHG modifiziert werden. **Vorschläge zugunsten der KMU's** Sehr zu begrüssen ist die Erhöhung der steuerfreien Grenze bei Emissionen auf eine Million Franken. Der Maximalsatz der schweizerischen Emissionsabgabe von 2 Prozent liegt deutlich über dem europäischen Durchschnitt und behindert die Bildung von Risikokapital. Auch der Übergang zur proportionalen Gewinnsteuer wird mit Vorteilen für die KMU's begründet. Festzustellen ist allerdings, dass bislang kein Zweig der schweizerischen Wirtschaft

Unerlässlich aber ist, dass der Proportionalsteuersatz so niedrig wie möglich angesetzt wird. Sonst bewirkt seine Einführung nicht nur eine (diskutierbare) Mehrbelastung der kapitalintensiven grossen Unternehmen, sondern wird auch zum Bumerang für die KMU's.

auch wenn diese mit der Abzugsfähigkeit von der Gewinnsteuer gemildert wird. Unerlässlich aber ist, dass der Proportionalsteuersatz so niedrig wie möglich angesetzt

Fazit Es ist bedauerlich, dass es zurzeit politisch als nicht realisierbar erscheint, wichtige Entlastungen der Unternehmen – soweit notwendig – durch Einnahmen bei der Mehrwertsteuer zu kompensieren. Solange alle Ausfälle im Rahmen der Unternehmensbesteuerung kompensiert werden, wird sich die belebende Wirkung der Revision der Unternehmensbesteuerung in Grenzen halten. Es ist zu hoffen, dass gesunde Staatsfinanzen bald erlauben, das

rendsten Mängel des geltenden Rechts zu beseitigen, hofft aber, dass dies konsequent und kohärent erfolgt. Zudem müssen allfällige begrenzte Steuerausfälle als Investition in die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz betrachtet werden, die zum Fundament neuer Einnahmen werden kann.

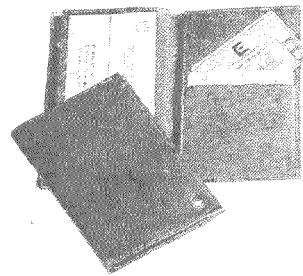
Wir sind keine Kläuse!

Die Chlaus-Zeit naht, Weihnachten ist nicht mehr weit: Die richtige Gelegenheit, sich selbst oder anderen eine Freude zu machen: Mit aktuellen Accessoires der FDP. Und damit zeigen: Unsere Mitglieder stehen zu ihrer

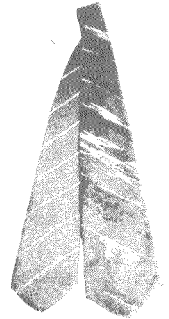
FDP und zeigen das auch. Und unterstützen so ihre Partei, ohne staatliche Subventionen, dafür in Eigeninitiative, freiwillig und eben: echt freisinnig. Denn: Wir sind keine Kläuse!



Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

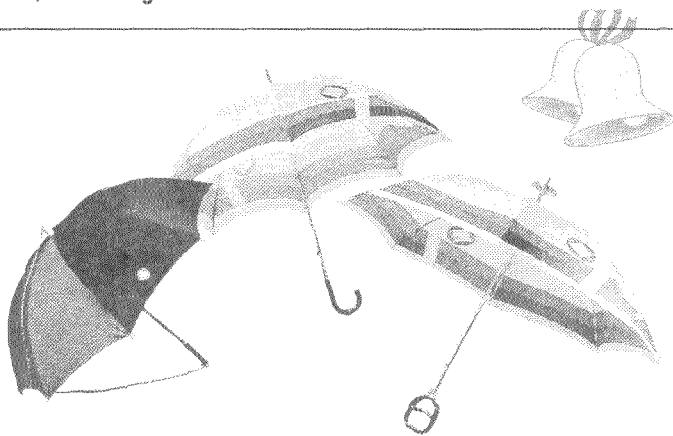
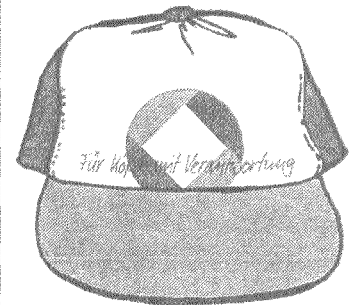
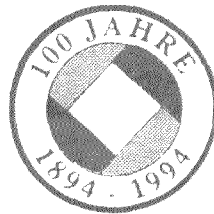


Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda für 1997 aus bestem Anilinleder in Bordeaux.

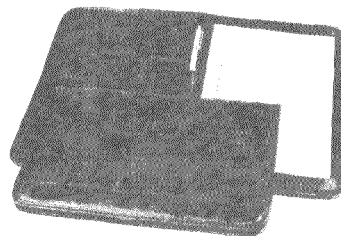


Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.

Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.

FDP-Mütze: Freisinnige Köpfe sind kluge Köpfe, Köpfe, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Zeigen Sie Ihren freien Sinn. Mit der Mütze in den FDP-Farben Rot, Blau, Weiss (Grösse verstellbar).

Talon

Ich bestelle:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm à Fr. 35.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte classic à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille à Fr. 44.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte new look à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm à Fr. 30.- | <input type="checkbox"/> Ex. FDP-Mütze à Fr. 12.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm à Fr. 30.- | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 96 zu Fr. 50.- |

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

11/96

Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert: Sie erhalten einmal wöchentlich den Presdienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zuge stellt. Im Presdienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation Fr. 120.– (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Vorname: _____

11/96

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 312 1951.

VERANSTALTUNGEN

Jahresterminkalender 1997

Januar

24. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
25. a. o. Delegiertenversammlung

Februar

8. Ortsparteipräsidentenkonferenz
21./22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

März

- 3.–21. Frühjahrssession
6. Geschäftsleitung

April

11. Regierungsräte-Gespräche
17. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
18. Fraktionssitzung / Delegiertenrat
18./19. o. Delegiertenversammlung

Mai

- 23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

Juni

- 2.–20. Sommersession
5. Geschäftsleitung

8. Eidgenössische Abstimmung
11. Fraktionsausflug

August

15. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
16. a. o. Delegiertenversammlung
18.–22. Sommeruniversität
29. Präsidentenkonferenz

September

- 12./13. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
22. bis
10. 10. Herbstsession
25. Geschäftsleitung
28. Eidgenössische Abstimmung

Oktober

17. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
18. a. o. Delegiertenversammlung

November

- 21./22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung (Zibelemärit-Treffen)
23. Eidgenössische Abstimmung

Dezember

- 1.–19. Wintersession
3. Wahlfeier Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
4. Geschäftsleitung
10. Fraktionssessen
11. Wahlfeier Bundespräsident

Un grand «Merci!» à Pascal Couchepin

MRS. Mit Applaus und Blumen verabschiedeten die Delegierten der FDP Schweiz in Basel den scheidenden Präsidenten der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrat Pascal Couchepin (VS). Während sieben Jahren, seit 1989, führte Couchepin die freisinnige Fraktion im Bundeshaus mit viel Geschick und Umsicht an so manchen Klippen vorbei. Auf die kommende Winter-session hin übergibt er nun das Ruder an die neugewählte FDP-Fraktionspräsidentin, Ständerätin Christine Beerli. Die FDP Schweiz dankt Pascal Couchepin an dieser Stelle ganz herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz!



Jetzt dem Ja-Komitee beitreten

Einsenden an:

SCHWEIZERISCHES KOMITEE
«Ja zum Arbeitsgesetz»
 Postfach 8615
 3001 Bern

- Ich möchte dem Komitee beitreten
- Ich möchte für einen Unkostenbeitrag von Fr. 10.– das ausführliche Argumentarium zu diesem Gesetz bestellen.

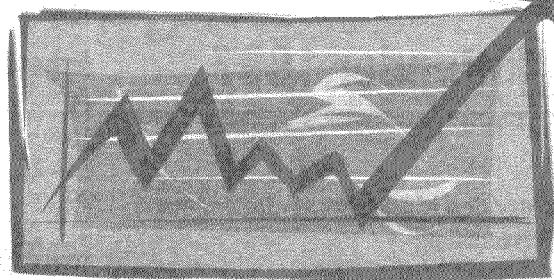
(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

CHANCE



FÜR DEN AUFSCHWUNG
 Gesicherter Arbeitsplatz,
 gesicherte Existenz.

JA
 zum
 Arbeits-
 gesetz
 am 1.12.1996

Schweizerisches Komitee «Ja zum Arbeitsgesetz», Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern
 Internet: <http://www.tgnet.ch/arbeitsgesetz/>

KOLUMNE

Bitte, ein Aufstand!



Ob wir nach den Regeln für die deutsche Sprache «Portemonnaie» schreiben dürfen oder «Portmonee», spielt gewiss keine Rolle; es macht den Inhalt weder kleiner noch grösser. Und der künftig erlaubte «Glimmstängel» gefährdet die Gesundheit genauso wie der alte «Glimmstengel».

Wo liegt das politische Problem? Sollen wir uns wenigstens darüber freuen, nicht bloss reden, sondern auch schreiben zu dürfen, wie uns der Schnabel gewachsen ist? Der Duden schenkt uns keine Freiheit ohne Einschränkung. Zwar wechselt «heute morgen» zu «heute Morgen», doch «heute früh» bleibt. Mit der «dritten Welt», die zur «Dritten» mutiert, und dem «Zweiten Gesicht», das sich ins «zweite» verwandelt, wird die Liste der Vertracktheiten nicht kürzer.

Was die Schweiz, Deutschland und Österreich als «Gemeinsame Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung» ausgehandelt haben, müssen wir insgesamt als widersprüchlich, unsinnig und als bürokratischen Schildbürgerstreich zur Kenntnis nehmen.

Bürokratischer Schildbürgerstreich

Die bisherigen Zweifelsfälle werden durch neue ersetzt, die geltenden Absurditäten durch solche, an die wir uns erst noch angenügend zu gewöhnen haben. Die Reform tritt am 1. August 1998 nicht in Kraft, sondern in den Fettnapf.

Bis zum Jahr 2005 gelten die jetzigen Regeln gleichberechtigt neben den neuen. Schreibend dürfen wir uns nach Lust und Laune für den Rechts- oder Linksverkehr entscheiden. Das Chaos ist programmiert. Wo jeder auf eigene Faust für Ordnung sorgt – und sorgen muss –, ist Unordnung die Konsequenz.

Zwischen dem orthographisch Richtigen und dem grammatikalisch Falschen wird kaum noch zu entscheiden sein.

Zur kulturellen Groteske des Reformkompromisses kommt der wirtschaftliche Unfug hinzu. Der notwendige Neudruck von Büchern kostet Milliarden. Ausser Spesen dürfte es am Ende nichts gewesen sein. Diese düstere Perspektive wird aufgehellert durch den Protest namhafter Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Prominente kündigen Referenden und Verfassungsklagen an. Es könnte deshalb sein, dass der Aufstand nicht nur geprobt, sondern erfolgreich durchgeführt wird. Das wäre ein Gewinn.

Die Sprache gehört weder der Dudenredaktion noch einigen Beamten, sondern uns allen. Sie ist unser wichtigstes Verständigungsmittel. Ihre Lebendigkeit entzieht sich jeder starren Normierung. Die wissenschaftliche Logik zerstört, was nicht anders als irrational und unsystematisch wachsen kann. Die Sprache ist keine sterile Grünanlage, sondern eine üppig blühende Wiese. Natürlich brauchen das gesprochene und das geschriebene Wort für ihre verbindliche Wir-

kung vernünftige Regeln. Diesem Anspruch genügt die Reform leider nicht.

Babylonischer Streit

Es droht ein babylonischer Streit. Er muss verhindert werden. Wir benötigen Regeln, die der Sprachentwicklung frische Luft verschaffen. Das könnte den klügsten Köpfen gelingen. Sie besitzen die Autorität des Geistes und nicht bloss die Kompetenz des Verwaltens. Ob «Portemonnaie» oder «Portmonee», ob «Schmuckblattelegramm» oder «Schmuckblatttelegramm» mit den Konsonanten im Multipack, spielt wirklich keine Rolle. Es geht dringend um die Vermeidung von Auseinandersetzungen, die nicht die Sprache fördern, sondern die Macht von Sprachvögeln. Hier liegt in der Demokratie das politische Problem. Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind zum Aufstand herzlich eingeladen.

Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes der
Schweiz, Zürich

KOLUMNE

Arbeitsplätze:
Die SP verhindert sie

An Sündenböcken mangelt es Peter Bodenmann nie. Auch bei der Suche nach den Gründen der schwer auf unserem Lande lastenden Arbeitslosigkeit nicht. Natürlich ist es in erster Linie die Politik der bürgerlichen Parteien, die dabei fälschlicherweise herhalten muss.

Der langjährige Buhmann Nationalbank eignet sich nicht mehr als Sündenbock, nachdem die neue Leitung – reichlich spät – zu einer flexibleren Zinspolitik übergegangen ist. Das Rezept

der SP besteht – wen wundert's – in staatlichen Massnahmen. Der Investitionsbonus, der sich bisher in ähnlichen Fällen nicht bewährt hat und den die Wirtschaft gar nicht will, wird als Wundermittel angepriesen.

Damit sollen wohl auch die zahlreichen Sünden der bisherigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik überdeckt werden:

- Vermehrung der staatlichen Regulierungsvorschriften im Arbeitsbereich, im Baurecht (mit Vermehrung der Rekursmöglichkeiten), im Mieterschutzbereich (Abschreckung möglicher Bauherren), Verhinderung von Strassenbauten (Mitbestim-

mungsinitiative, Stadt-Land-Initiative, Mieterschutzinitiative, Nein zum Arbeitsgesetz);

- Heraufschrauben der Ansprüche an den Staat vor allem im Sozialbereich und bei der Flüchtlingsbetreuung;

- Verharmlosung der Staatsverschuldung. Noch im Wirtschaftsprogramm von 1995 wurden zusätzliche Bundesausgaben in der Sozialpolitik von nicht weniger als 20 Milliarden Franken verlangt, obwohl der Bund heute schon in grossen Defiziten steckt.

Am verhängnisvollsten dürfte sich jedoch ausgewirkt haben, dass die Sozialdemokratische Partei sich seit drei Jahren heimmungslos der Angstmacherei verschrieben hat und nicht müde wird, das Gespenst des Sozialabbaus an die Wand zu malen. Sie hat damit nicht nur den bürgerlichen Parteien falsche Absichten

unterschoben. Sie hat ganz wesentlich zur Lähmung des Konsums und indirekt des Investitionswillens der kleineren und mittleren Unternehmen beigetragen. Gerade auf diesem Gebiete Gegensteuer zu geben, wie es die Freisinnig-Demokratische Partei mit einer breiten Aktion versucht, ist um so wichtiger.

Um unserer Wirtschaft längerfristig gute Überlebens-, ja sogar neue Wachstumschancen zu geben, ist es von zentraler Bedeutung, die staatliche Behinderung durch Vorschriften und hohe Lasten energisch zu reduzieren. Das Rezept der SP hingegen taugt nichts: In der Praxis baut sie fortwährend Barrikaden gegen die Entwicklung der Unternehmen auf; wenn diese dann in Schwierigkeiten geraten, zeigt sie mit dem Finger auf sie als Sündenböcke.

Kurt Müller, Meilen

Walter Schiesser: 15 Jahre freisinniges «Umweltgewissen»

Andreas Iten, Ständerat, Präsident des FDP-Umweltausschusses



Im November 1981 wurde Walter Schiesser, Inlandredaktor der NZZ, Präsident der neu gegründeten Arbeitsgruppe Umweltschutz. Walter Schiesser versah dieses Präsidium mit Engagement und Leidenschaft für die Sache. Schon im ersten Jahresbericht der FDP konnte Walter Schiesser berichten, dass die Arbeitsgruppe Umweltschutz sich energisch für die Beschwerdelegitimation zugunsten von gesamtschweizerischen Umweltorganisationen eingesetzt habe, nicht zuletzt auch deshalb, weil viele Freisinnige an der Spitze solcher Organisationen tätig waren. 1983 folgte dann eine Arbeitstagung, an der über zweihundert Parteimitglieder teilnahmen. Es ging um den Umweltschutz im Spannungsfeld der Zielkonflikte der modernen Industriegesellschaft.

Einsatz in der Tagespolitik . . .

Es ist hier nicht der Ort, einen lückenlosen Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Umweltschutz und dessen Präsidenten zu schreiben. Es wurden zahlreiche Stellungnahmen zuhanden der Geschäftsleitung zu Vorlagen des Bundesrates abgefasst. Für drei Legislaturperioden wurden die Wahlplattformen erarbeitet. Es entstand das Liberale Manifest zum Umweltschutz im Jahre 1986/87, das durch die Delegiertenversammlung genehmigt wurde.

Erwähnt sei auch das von der Arbeitsgruppe rechtzeitig vor dem Wahlkampf 1987 redigierte «Grünbuch», welches konzipiert wurde als Grundlage für die Überprüfung der Ziele des Umweltschutzes, für eine Erfolgskontrolle und für die Konzentra-

tion auf einen wirksamen Vollzug. Ebenfalls darf speziell darauf hingewiesen werden, dass Walter Schiesser die Zusammenarbeit mit Wirtschaftskreisen suchte und eine Studie über «Marktorientierte Instrumente der Umweltpolitik» im Jahre 1989 veranlasste und mitgestaltete.

. . . und langfristige Konzepte

So gingen vom Präsidenten der Arbeitsgruppe zahlreiche Impulse aus. Noch am 20. Mai 1995 organisierte sie in Bern eine Tagung über «Deregulierung – Risiko und Chancen für die Umwelt». Dieser Hinweis mag deutlich machen, dass die Arbeitsgruppe sich immer aktuellen Themen zuwandte und versuchte, damit Einfluss auf die Tagespolitik einerseits, aber auch andererseits auf ein längerfristiges Denken zu gewinnen. Das ist ihr zweifellos gelungen. Die Freisinnige

Partei steht im Umweltschutz nicht mit leeren Händen da.

Ökonomie und Ökologie: keine Gegensätze

Zum Abschluss seiner Tätigkeit als Präsident des FDP-Umweltausschusses richtete sich Walter Schiesser an die Mitglieder. Er erwähnte, dass sich die Zusammenarbeit mit der Partei problemlos gestaltete. Er vermied nicht, darauf hinzuweisen, dass zwischen der Grundlagenarbeit des Ausschusses und der politischen Umsetzung Lücken klaffen: «Als Freisinnige müssen wir ein offenes Ohr haben für die Sorgen industrieller und gewerblicher Unternehmer, die in manchmal hartem Konkurrenzkampf Umweltauflagen kritisch betrachten. Andere Parteien können unbeschwerter als wir alles gleichzeitig fordern: den Ausbau des Sozialstaates, gesicherte Arbeitsplätze und eine wieder heilere

Umwelt. Das Dilemma zwischen dem Streben nach wirtschaftlichem Wachstum und der Hinwendung zum «Sustainable Development», zu einer langfristig ökologisch verantwortbaren Entwicklung, wiegt nicht leicht.»

Aus diesem Dilemma versuchte Walter Schiesser stets mit konstruktiven Argumenten und Vorschlägen Auswege zu zeigen.

Staatsbürgerliches Engagement

Walter Schiesser hat sich uneigennützig in den Dienst der Umwelt gestellt. Er hat die Sache stets vor die Person gestellt. Er hat mitgeholfen, in der Partei ein Umweltbewusstsein zu bilden, und er wurde zum Umweltgewissen der Freisinnigen. Die Partei kann sich vor diesem Gewissen nicht verkriechen, und sie wird es auch nicht. Der neue Umweltausschuss hat sich diesem Erbe und Gewissen zu stellen. ■

Flexible Lösungen sind gefragt

Was hat Ihnen an Ihrer Tätigkeit im Umweltausschuss besonders gefallen?

Schiesser: Der gute Kontakt zu allen Parteiinstanzen. Es war immer möglich, umweltpolitische Anliegen angemessen zur Geltung zu bringen. Erfreulich waren die Beziehungen zu Parlamentariern, in den letzten Jahren vor allem zu Mitgliedern des Ständerates.

Erwähnen muss ich sodann die erspriessliche Zusammenarbeit mit dem Sekretariat, das uns mit Mario Tavazzi bei allen unseren Tagungen und Aktionen voll unterstützte.

Das klingt alles positiv – hat Sie nie etwas geärgert?

Schiesser: Doch. Weit mehr als einmal hat mir die Haltung von

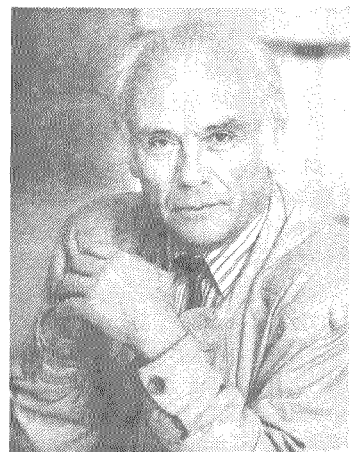
Freisinnigen zu schaffen gemacht, wenn es um die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz ging. Zu oft hiess es dann: Im Prinzip ja, aber nicht gerade so und nicht gerade jetzt.

Wo sind künftig in der Umweltpolitik die Akzente zu setzen?

Schiesser: Erstens: Rezession, Strukturwandel und Arbeitslosigkeit dürfen nicht als Vorwand dienen, um den Umweltschutz aufzuweichen, doch sollten wir heute mehr denn je flexible Lösungen anstreben, um Schutzziele mit möglichst geringer Beeinträchtigung der Freiheit von Unternehmen und Konsumenten zu erreichen.

Zweitens: Weil sich die Wirtschaft rasch globalisiert,

während die Umweltschutzgesetzgebung national bleibt, müssen wir uns für wirksame internationale Abkommen einsetzen – auch im Interesse der Wirtschaft, damit ihr keine Nachteile aus dem Ökodumping erwachsen. ■



Walter Schiesser: 15 Jahre die Umweltpolitik der FDP mitgeprägt.

Der Tip des Monats



**Sitzen Sie
erster Klasse:
Im Auto,
im Büro
und zu Hause**

**Die PROF. BACK-Lendenwirbelstütze
sorgt für richtiges, entspanntes
Sitzen und beugt so Rückenschmer-
zen vor.**

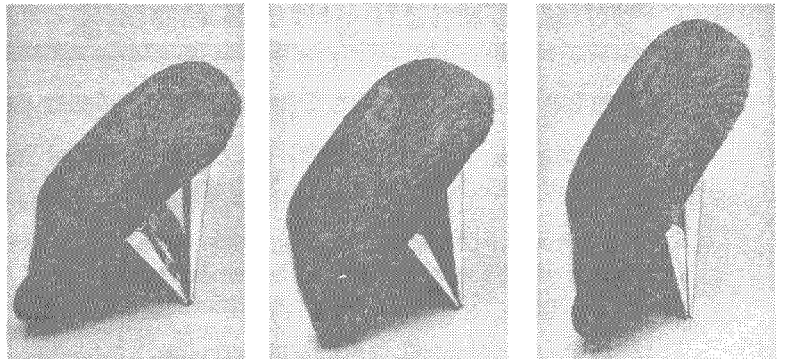
Zu oft wird unsere Wirbelsäule mit orthopädisch unzureichenden Sitzgelegenheiten konfrontiert. Und daraus resultieren vielfach Schmerzen in der unteren Rückenpartie. Kein Wunder, wenn Sie sich überlegen, wie viele Stunden der Mensch im Sitzen verbringt!

PROF. BACK sorgt für eine richtige, aufrechte Haltung. Ein

kleiner Zusatz – einfach zwischen Sitz und Rückenlehne gestellt – mit grosser Wirkung! Denn mit PROF. BACK sitzen Sie entspannt und ermüdungsfrei, auch noch nach Stunden.

Gönnen Sie sich und Ihrem Rücken ein Sitzen erster Klasse. Für nur Fr. 39.–! Zu Hause, im Büro, im Auto, auf Reisen und wo immer Sie gerne richtig sitzen möchten.

Den Neigungswinkel können Sie individuell nach Ihren Bedürfnissen vierfach verstellen.



Bestellung:

- 1 Stück PROF. BACK zu Fr. 39.– (zuzüglich Versandkostenanteil)
- 2 Stück PROF. BACK für Fr. 70.– (zuzüglich Versandkostenanteil)
(Sie sparen über 10%!)

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Einsenden an:



h+r TRADING AG

Südstrasse 8 a
3110 Münsingen
Telefon (031) 721 88 11
Fax (031) 721 88 33

Glaubenskrieg um die Gentechnologie

Erneut ist um eine Schlüsseltechnologie eine Auseinandersetzung entbrannt, bei der weniger die Fakten als vielmehr Gefühle die Diskussion beherrschen. Der folgende Beitrag greift die ethische Dimension der Gentechnologie auf und orientiert über die gesetzlichen Rahmenbedingungen.

**Nationalrätin
Milli Wittenwiler, Wattwil**



Die Gentechnologie umfasst die technischen Verfahren und Methoden zur Charakterisierung, zu gezielten Veränderungen und Rekombination von Erbsubstanz in den Bereichen Grundlagenforschung, Medizin, Industrie und Landwirtschaft. Die Entwicklung der Gentechnik eröffnet neue Möglich-

keiten, Eigenschaften von Lebewesen zu verändern. Mit der Gentechnologie kann der Mensch bis in den Zellkern von beliebigen Lebewesen hin zugreifen. Sie ist neben der Atom- und der Kommunikationstechnologie die dritte Schlüsseltechnologie unseres Zeitalters geworden.

Seit 1992 in der Verfassung

Seit der Abstimmung vom 17. Mai 1992 enthält die Schweizerische Bundesverfassung mit Art. 42^{novies} Vorgaben für die Regelung der

Fortpflanzungsmedizin und der Gentechnologie im Extrahumanbereich. Die Gentechnologie ist trotz Risiken und gewissen ethischen Bedenken grundsätzlich zulässig. Die Bundesverfassung verlangt aber, dass durch Schutzvorkehrungen oder Beschränkungen Missbräuche verhindert werden.

In dem durch Abs. 1 und Abs. 3 bestimmten extrahumanen Bereich heisst dies, dass der Bundesgesetzgeber verpflichtet ist, zur Verhinderung von Missbräuchen in den Einsatzgebieten der Gentechnologie dafür zu sorgen, dass insbesondere dem Verfassungsprinzip der Achtung der Würde der Kreatur und der Sicherheit von Mensch und Umwelt Rechnung getragen und dass die genetische Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten geschützt wird.

Gen-Lex schliesst Lücken

Am 25. Oktober 1993 wurde die Volksinitiative «Zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation» (Genschutzinitiative) eingereicht. Mit Botschaft vom 6. Juni 1995 beantragte der Bundesrat die Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag. Im Rahmen der Beratungen in der nationalrätlichen Kommission wurden Gegenvorschläge wie auch alternative Rechtsetzungsmassnahmen zur Initiative eingehend diskutiert.

Eine Subkommission kam zum einstimmigen Entschluss, dass mit der Überweisung einer Kommissionsmotion die noch bestehenden Lücken in der Regulierung der Gentechnologie rascher geschlossen werden können. Die Gesetzesprojekte sollen zu einem Paket geschnürt und die Rechtsänderungen zu einer Art «Lex Gen» gebündelt werden. Diese «Gen-Lex» soll der Genschutzinitiative als indirekter Vorschlag entgegengestellt werden. Gegenüber einer Verfassungsänderung durch einen direkten Vorschlag kann die Zielsetzung «Missbrauchsverhinderung» mit diesem Vorgehen früher erreicht werden.

Ethisch handeln, nicht verbieten

Die Genschutzinitiative spricht drei klare Verbote aus. Die biomedizinische Grundlagenforschung wäre von einer Annahme der Initiative am stärksten betroffen. Doch gerade hier sind Sachlichkeit und Verantwortung gefordert. Wie tief darf der Mensch als Nachifschöpfer in das Wunderwerk der Natur eingreifen? Albert Schweitzer sagt: «Ethik ist ins Grenzenlose erweiterte Verantwortung gegen alles, was lebt.» Ethisch handeln setzt daher klare Kenntnis der Zusammenhänge voraus.

Ethisch handeln heisst für mich auf Grund von Werturteilen verantwortlich handeln. Handeln, indem man einfach verbietet, ist nicht zum vornherein besser! Handeln nach dem moralischen Imperativ «Ehrfurcht vor dem Leben» bedeutet auch: den kurzfristigen Egoismus der jetzt lebenden Generation der Spezies Mensch zugunsten des Lebens in all seinen Formen und damit auch zugunsten benachteiligter Menschen in Entwicklungsländern und vor allem auch zugunsten zukünftiger Menschengenerationen zurückstellen. Ich bin überzeugt, dass auf dem heiklen Gebiet der Gentechnologie weder kurzsichtiger Pragmatismus noch Angst oder politischer Opportunismus gute Ratgeber sind. Wir brauchen eine Gentechnologie, welche die menschliche Lebensqualität optimiert und gleichzeitig Schädigungen des weltweiten Lebensnetzes möglichst vermeidet.

Mit der vom Nationalrat überwiesenen Motion wollen wir, dass die Nutzung der Gentechnologie auch in Zukunft erlaubt ist, Missbrauch hingegen verhindert wird. Wir wollen den Schutz für Mensch, Tier und für die Artenvielfalt sicherstellen. Wir wollen Transparenz schaffen und gleichzeitig die Chancen der Gentechnik nutzen. ■

EINLADUNG

zur öffentlichen Tagung der FDP-Frauen

Gentechnologie im Alltag

Was ich schon immer über Gentechnologie wissen wollte

Samstag, 16. November 1996, Hotel Hilton, Basel (beim Bahnhof), 9.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr

Die Tagung ist öffentlich und richtet sich sowohl an interessierte Frauen wie Männer. Die Tagungskosten betragen Fr. 25.- (inkl. Lunch und Getränken sowie Dokumentationsmaterial).

Der Beitrag wird direkt an der Tagung erhoben.

Ihre Anmeldung nimmt mit untenstehendem Talon Beatrice Seiterle-Weiss, Pfaffensteinstrasse 4, 8118 Pfaffhausen, gerne entgegen. Sie erhalten vorgängig eine Tagungsdokumentation.

Anmeldetalon

Ja, ich melde mich zur Tagung «Gentechnologie im Alltag» der FDP-Frauen Schweiz vom Samstag, 16. November 1996, 9.30 Uhr, Hotel Hilton, Basel, an:

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Bodenmanns Wahlslogan im Lichte des PUK-Berichtes

Die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Klärung der Vorkommnisse rund um die Pensionskasse des Bundes (PKB) hat sich als in jeder Hinsicht nötig und gerechtfertigt herausgestellt. Durch eine langjährige und verantwortungslose Politik des Vertuschens und Versteckens blieb das wahre Ausmass der Unordnung zu lange im dunkeln.

Christian Kauter, Generalsekretär FDP Schweiz



«Wahlkampf-gag» lautete der pauschale Vorwurf an die Adresse der FDP, als wir 1994 die Einsetzung einer

Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Aufdeckung der gravierenden Missstände rund um die Pensionskasse des Bundes forderten.

1995, nach einem weiteren Jahr der «Pleiten, Pech und Pannen» in Bundesrat Stichts Eidgenössischer Versicherungskasse waren auch die übrigen bürgerlichen Parteien zur Einsicht gelangt, es dürfe so nicht mehr weitergehen.

Jetzt, nach Veröffentlichung des PUK-Berichtes, wird von einem «Wahlkampf-gag» höchstens noch im Zusammenhang mit Bundesrat Stichts Rücktritt gesprochen. Insbesondere die Fest-

stellung im Bericht, wonach die Frage einer Demission ernsthaft aufgeworfen werden müsste, wäre Stich nicht bereits gegangen, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie berechtigt unsere Forderungen nach der Einsetzung einer PUK bereits damals waren.

Geringschätzung von Bundesrat und Parlament

Bundesrat Stich war nicht willens oder in der Lage, die gewaltigen Sach- und Personalprobleme rund um die Beamtenpensionskasse zu lösen, im Gegenteil: Er hat mit seinen personalpolitischen Entscheiden dafür gesorgt, dass der angerichtete Schaden nicht kleiner, sondern grösser geworden ist. Er hat seine Führungs- und Aufsichtsfunktion nicht wahrgenommen, und er hat gegenüber Bundesrat und Parlament Tatsachen beschönigt, ver-harmlos, ja gar belegtermassen wahrheitswidrige Aussagen gemacht. Dieses Verhalten zeugt von einer Geringschätzung der

demokratischen Institutionen unseres Staates.

Dies gilt ebenso für Stichts Verhalten unmittelbar vor und nach der Präsentation des Berichtes. Wer der PUK, dem stärksten Instrument der Legislative überhaupt, und ihren Erkenntnissen pauschal «Lächerlichkeit» vorwirft und behauptet, es sei ihr von vornherein einzig um eine Abrechnung mit dem politischen Gegner gegangen, kann als Reaktion nur noch Kopfschütteln erwarten.

Denn geradezu durchsichtig wirkt die Abwehrstrategie Stichts: Nach dem Motto «Ich nicht – die anderen auch» verneint er weiterhin jede Verantwortung und versucht, sich als Opfer darzustellen. Von einem Bundesrat indes darf man auch erwarten, dass er Fehler eingesteht und die Verantwortung dafür übernimmt.

Die Zeit des Versteckens ist vorbei

Mit dem PUK-Bericht ist die Zeit des Verdeckens und Versteckens vorbei. Gestützt auf dessen Erkenntnisse muss es nun darum gehen, Ordnung in das hinterlassene «Chaos» zu bringen. Die Arbeiten hierzu sind nun auf gutem Weg, werden aber noch viel Zeit und Geld brauchen.

«Wir haben die beiden besten Bundesräte!» Diesen Slogan po-

saunte SP-Präsident Peter Bodenmann im Wahlkampf 1995 in die Lande. Bereits nach den Negativmeldungen der letzten 18 Monate aus dem EDI, sicher aber jetzt, nach der Veröffentlichung des PUK-Berichtes, muss jedermann klargeworden sein, was der damalige SP-Wahlslogan wirklich war: Etikettenschwindel. ■

Skandalöse Berichterstattung im TV

MRS. PUK-Berichterstattung in der «Tagesschau» des Fernsehens DRS: PUK-Präsident Fritz Schiesser wird als «Stich-Ankläger» eingeführt, als einzige Person ausser PUK-Präsident Schiesser und Alt-Bundesrat Stich, den das Fernsehen den ganzen Tag lang begleitet hat (!), kommt ausgerechnet SP-Präsident Bodenmann zu Wort, und dieser darf ungehindert seine Attacken gegen den Bericht reiten. «Tagesschau»-Mann und SP-Mitglied Fritz Reimann kommentiert abschliessend das Ganze als «kalten Kaffee» und politische Abrechnung mit Otto Stich! Man erinnert sich und vergleicht: Wie war es damals, etwa bei der PUK EJPD, mit umgekehrten Vorzeichen?

Viele Schweizerinnen

und Schweizer leiden an Krankheiten wie Alzheimer oder Krebs. Die Gentechnik hilft, Medikamente und Therapien dagegen zu entwickeln. Können wir da auf Genforschung verzichten?

Christine Egerszegi-Obrist
Nationalrätin
Mellingen



Persönlichkeiten für eine sinnvolle Bio- und Gentechnologie



Postfach 6276, 3001 Bern
PC 70-105933-9

Ich wünsche weitere Informationen zur Gentechnologie 2

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an: forumGEN, Postfach 6276, 3001 Bern

Kostenwahrheit im Verkehr: Wo bleibt die Sorge um die Umwelt?

Sehr geehrte Damen und Herren

Zum Artikel «Kostenwahrheit im Verkehr: Eine linke Forderung wird zum Bumerang» vom Oktober: Dass das steigende Defizit des öffentlichen Verkehrs nicht mehr länger hingenommen werden darf, ist für mich unbestritten. Eine populistisch-naive Abwehrhaltung, wie beispielsweise von Bundesrätin Dreifuss in der Frage des Lohnabbaues bei den SBB, ist verfehlt.

Sehr richtig ist ebenfalls die Feststellung, dass die Mobilität zu billig ist. Die Folgen sind verheerend. Ein nicht unbeträchtlicher Teil von Arbeitsplatzverlusten geht auf das Konto der Dumpingpreise im Güterverkehr. Ökonomisch rentiert es, wenn arbeitsintensive Produktionsschritte nach Portugal oder in die Tschechische Republik verlegt werden, die Kosten für den massiven Waren-Pendelverkehr sind ja billig.

Ich bin nicht nur für einen liberalen Welthandel, ich liebe auch Lammfleisch – angesichts des für den Transport aus Neuseeland nötigen Flugbenzins vergeht mir jedoch der Appetit. In diesem Bereich berührt der zu billige Güterverkehr auch das so heisse Eisen unserer problematischen Agrarpolitik.

Was den Autor des Beitrages offenbar aber gleichgültig lässt, sind die Probleme des Umweltschutzes. Nimmt man das Ausmass der Umweltschäden durch den Motorfahrzeugverkehr überhaupt nicht zur Kenntnis? Die «Kostenwahrheit» der eidgenössischen Strassenrechnung ist höchst problematisch, weil die, zugegebenermassen nicht einfach zu gewichtenden, negativen Nebenfolgen des motorisierten Verkehrs nicht berücksichtigt werden.

Eine Dumpingpolitik im öffentlichen Verkehr ist gewiss nicht der Ausweg aus der gegenwärtigen misslichen Lage. Wohl aber müsste man auch auf bür-

gerlicher Seite einsehen, dass ohne Lenkungsabgaben nicht auszukommen ist. Solche lassen sich nämlich sehr viel besser mit dem liberalen Credo vereinbaren als Gebote und Verbote im Bereich des Umweltschutzes.

Natürlich lassen sich die SBB-Finzen durch die Stillegung unrentabler Nebenlinien sanieren. Allerdings ist man in ländlichen Gebieten heute absolut auf das Auto angewiesen. Leichtfertig darf man das öffentliche Verkehrsnetz unseres Landes nicht



dezimieren – die Defizitwirtschaft zulasten der Bundeskasse darf allerdings auch nicht weitergehen.

Es liegt mir fern, das Auto zu verteufeln. Von einem wirklich vernünftigen Einsatz sind wir jedoch noch meilenweit entfernt, allzu sehr ist das Auto auch bei uns Statussymbol und Kultobjekt. Dem muss auch die Parteitaktik in der direkten Demokratie Rechnung tragen.

Mit freundlichen Grüssen
Josef Winteler, Rätterschen

Ist das Drei-Kreise-Modell rassistisch?

Sehr geehrte Damen und Herren

Im «Freisinn» vom Juli/August 1996 vertritt Professor Georg Kreis unter dem Titel «Bürgerliches Engagement gegen Rassismus» als Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) die Auffassung, das Drei-Kreise-Modell der bundesrätlichen Ausländerpolitik sei rassistisch. Gemäss diesem Modell sollen Arbeitskräfte aus dem 1. Kreis (Länder Westeuropas) und dem 2. Kreis (USA und Kanada), aber nicht mehr aus dem 3. Kreis (Länder der übrigen Welt) für unsere Wirtschaft rekrutiert werden, da sie wegen ihrer kulturellen Andersartigkeit schwer integrierbar seien.

Nach Meinung von Professor Kreis und der EKR ist diese Vorstellung nicht nur falsch, sondern bedeutet eine entwürdigende Diskriminierung der

Menschen dieser Länder. Ich frage mich, auf Grund welcher Überlegungen und welcher Auslegung des Antirassismus-Gesetzes die EKR zu diesem Schluss kommt. – Ich glaube kaum, dass uns Schweizern die Tamilen, die überwiegend Hindus sind, oder die Türken, die zu 99 Prozent dem Islam angehören, ebenso nahestehen und ebenso gut assimiliert werden können wie Westeuropäer, Amerikaner oder Kanadier, die grossenteils aus Europa ausgewandert sind.

Auch Nigerianer, Angolaner oder Mosambikaner stammen aus einem ganz andern, grundverschiedenen Lebens- und Kulturkreis als z.B. Polen, Tschechen oder Ungarn, die als Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg vor der kommunistischen Unterdrückung durch die Sowjetunion bei uns aufgenommen worden sind. Diese Flüchtlinge haben sich in unserem Land gut integriert. Es handelt sich auch

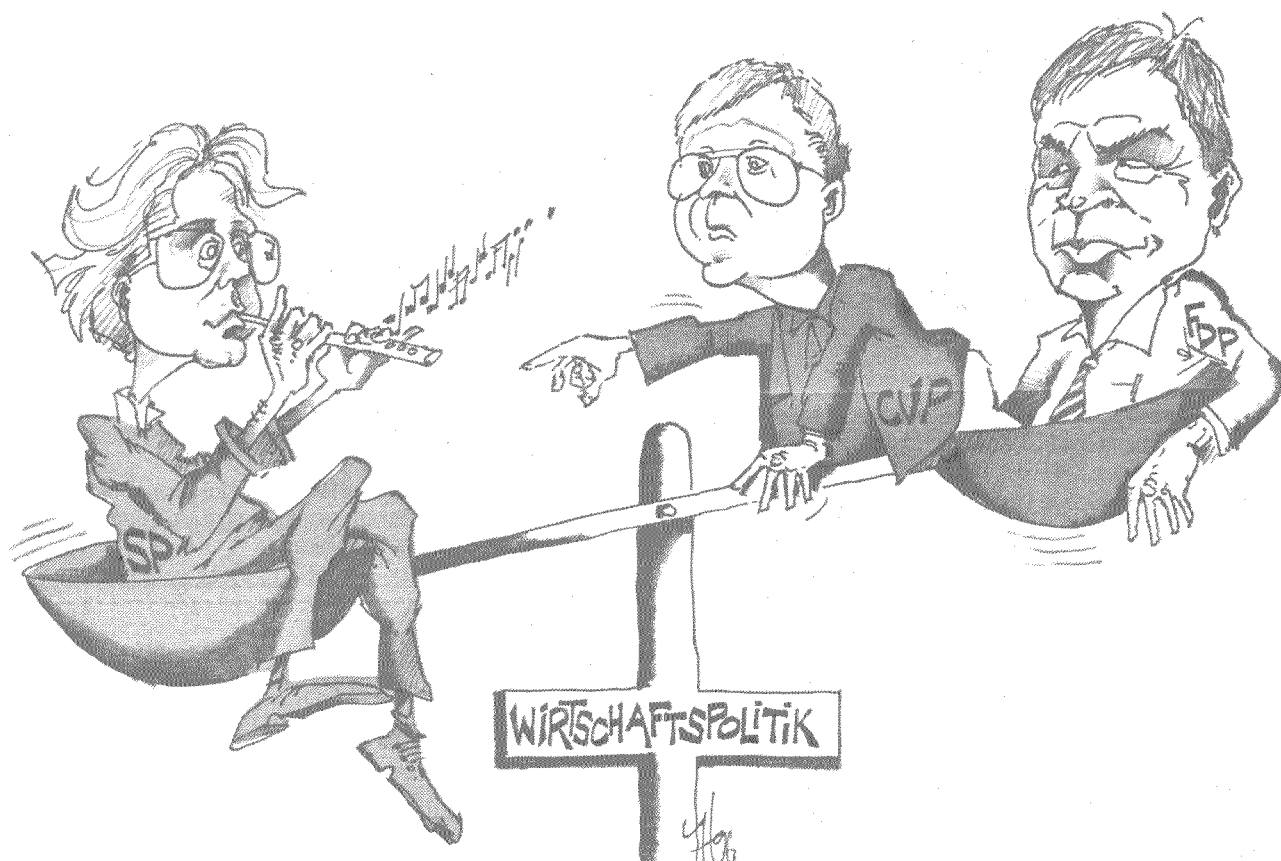
um eine viel kleinere Zahl als die rund 340 000 ehemaligen Jugoslawen, die heute in der Schweiz leben.

Unser Land zählte in seiner Geschichte noch nie 1,3 Millionen Ausländer oder 18,9 Prozent (ohne 30 000 internationale Funktionäre, 25 000 Asylanten, alle Saisoniers und eine unbekannte Zahl Untergetauchter, Ende 1995). Allein im Jahre 1995 betrug der Überschuss der Zuwanderer 30 485 Personen.

Die überbordende Zahl von Ausländern wird unser Land je länger, desto mehr vor unüberwindliche Schwierigkeiten stellen und die Identität unserer Schweiz überhaupt in Frage stellen. Soll das Antirassismus-Gesetz, das von der EKR sehr engherzig ausgelegt wird, die Ausländerpolitik unseres Landes als souveränen Staates einschränken, ja verunmöglichen? – Das Drei-Kreise-Modell unserer Ausländerpolitik darf daher auf keinen Fall angetastet werden und ist als Leitlinie endlich vom Bundesrat zu befolgen.

Richard Martin, Luzern

Kippt die Waagschale nach links?



Sozialcharta, Investitionsbonus usw.: Die CVP erliegt immer mehr den Schalmeienklängen Bodenmanns und gefährdet damit die bürgerliche Mehrheit im Parlament.

Karikatur Andreas Töns

Zukunft für die Bio- und Gentechnologie in der Schweiz

Tagung der FDP Schweiz von Samstag, 23. November 1996, in Bern

Ort: Hotel Bellevue, Bern
Zeit: 9.30 Uhr–15.30 Uhr
Kosten: Tagungskarte Fr. 25.– (inkl. Kaffee, Mineral, Lunch, Unterlagen)
Zielpublikum: ■ Interessenten aus der ganzen Schweiz
 ■ Medien
Tagungsleitung: Nationalrätin Christiane Langenberger, VD

Programm

9.30 Uhr **Begrüssung und Ziel der Tagung**
 Nationalrätin Christiane Langenberger
 9.40 Uhr **Was ist Gentechnologie?**
 Einführendes Referat von Professor Dr. Heidi Diggelmann, Institut für Mikrobiologie, Lausanne
 10.00 Uhr **Rechtslage im In- und Ausland**
 Einführendes Referat von Professor Dr. Rainer J. Schweizer, Universität St. Gallen
 10.20 Uhr **Was will die «Gen-Schutz»-Initiative?**
 Argumente der Initianten, von Dr. Antoine F. Goetschel, RA, Geschäftsführer Stiftung für das Tier im Recht
 10.40 Uhr **Was will die Gen-Lex?**
 Kurzreferat von Nationalrat Marc E. Suter, Biel
 11.00 Uhr Kaffeepause
 11.15 Uhr **Informations- und Diskussionsforen**
 Experten stehen Red und Antwort
Forum 1: Rechtliche Leitplanken
 Prof. Dr. Rainer Schweizer
 Maître Daniel Pregrina, Genf

Forum 2: Ethische Aspekte (3. Welt; Tierversuche; transgene Tiere; Funktion von Ethikkommissionen)
 Prof. Dr. Hans-Peter Schreiber, Basel
 PD Sabina Liechti-Gallati, Bern
Forum 3: Gentechnik in der Medizin (Pharmaprodukte; Organspende; transgene Tiere)
 Prof. Dr. Felix Gutzwiller
Forum 4: Gentechnik in der Landwirtschaft (inkl. Freisetzung; Lebensmittel)
 Dr. Arthur Einsele, Sandoz international, BS
 alt NR Walter Zwingli
Forum 5: Forschungsstandort Schweiz
 Prof. Dr. Clive Kuenzle, Uni Zürich
 Claude Bron, Lausanne
Forum 6: Bedeutung der Gentechnologie für die Wirtschaft/Arbeitsplätze (inkl. Patentierung)
 Nationalrat Dr. Johannes Randegger, BS
 Frau Dr. Elisabeth Spreng, Basel
 13.00 Uhr Lunch
 14.00 Uhr Podiumsgespräch unter den Experten (Orientierung über die Diskussionsschwerpunkte in den Foren)
 Leitung: Christiane Langenberger
 14.30 Uhr Statements / Fragen aus dem Plenum
 15.20 Uhr Schlusswort Christiane Langenberger
 15.30 Uhr Ende der Tagung
 ■ Für eine Simultanübersetzung im Plenum wird gesorgt.
 ■ Den Diskussionen in den Arbeitsgruppen wird je ein deutsch- und ein französischsprachiger Experte beiwohnen. ■

Talon

Anmeldung für die Bio- und Gentechnologie-Tagung vom 23. November 1996 in Bern

Name, Vorname: _____
 Adresse: _____ PLZ/Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: 031 312 19 51.

SESSIONSGEFLÜSTER

«Verleger Blocher gibt auf», titelte die «Bündner Zeitung», nach dem Bekanntwerden der Zusammenarbeit mit dem «Bündner Tagblatt». Seufzer aus dem Bundeshaus: «Politiker Blocher bleibt uns erhalten.»

★ ★ ★

«Der schöne Schmetterling hat offensichtlich den bundeshauseigenen Radar unterflogen», sin-

nierte Ratspräsident Otto Schoch (FDP/AR) mit Blick auf den im Saal herumflatternden Schwalbenschwanz.

★ ★ ★

Bundesrat Kaspar Villiger meinte unlängst zum Unterschied zwischen einem ausländischen und einem schweizerischen Hotel: «Im Ausland werden Sie gefragt: Haben Sie gut geschlafen? – In

der Schweiz: Haben Sie etwas aus der Mini-Bar gehabt?»

★ ★ ★

«Weiterdenken» hiess der Wahlslogan der Freiheitspartei bei den Schaffhauser Gesamterneuerungswahlen. «Weiterdenken» müsste es wohl besser heissen, meinten die politischen Konkurrenten in Anspielung auf den früheren Namen der Autopartei-

ler. Und als dann – nach ihrem Wahlmisserfolg – die Autoparteiler am Sonntag ihre Plakate mit einem «Wir danken»-Kleber versahen, kommentierte man flugs: Wohl wieder ein Druckfehler; richtig wäre wohl: «Wir tanken!»

Mutzli